

Ressort: Lokales

NRW-Integrationsminister weist Bosbach-Forderung zurück

Düsseldorf, 02.08.2017, 08:14 Uhr

GDN - Nach dem Messerangriff von Hamburg hat NRW-Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) Forderungen des CDU-Politikers Wolfgang Bosbach zurückgewiesen. Es sei "nicht sinnvoll, ständig nach neuen Gesetzen zu rufen", sagte Stamp der "Neuen Westfälischen" (Mittwochsausgabe).

Vielmehr müsse das bereits geltende Recht in die Praxis umgesetzt werden. Bosbach, der die schwarz-gelbe NRW-Regierung in Sicherheitsfragen beraten soll, hatte eine Passpflicht für Asylbewerber bei der Einreise verlangt. Stamp will dagegen die Möglichkeiten des Gesetzes ausschöpfen. So wolle er unter anderem überprüfen, welche Gefährder man auf Grundlage des Paragrafen 58a zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit in Deutschland abschieben könne. Überdies werde er in Absprache mit dem nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Reul (CDU) prüfen, in welchen Fällen sich die Fußfessel anwenden ließe. "Es sind ja unter den Gefährdern auch manche Deutsche, die nicht abgeschoben werden können", sagte Stamp.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-92797/nrw-integrationsminister-weist-bosbach-forderung-zurueck.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com